NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Oktober 2011 www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,
liebe Netz-Mitglieder,

auf der letzten Netzversammlung waren viele GruppenvertreterInnen und einige Einzelmitglieder dabei, um Sabine Ferenschild nach 15 Jahren als Geschäftsführerin und Referentin des Ökumenischen Netzes zu verabschieden.

Ein so schönes, kreatives, mal wehmütiges, aber auch lustiges Treffen nach der inhaltlichen Diskussion am Morgen zum Thema „Bundeswehr an Schulen – Militarisierung der Gesellschaft" zeigt mir all das, worauf ich mich ‚beim Netz' freue: Spannende Themen, kontroverse, aber auch zukunftsweisende Diskussionen, kreative Aktionen und vor allem ein freundschaftliches, menschliches Miteinander!

Herbert Böttcher wird in seinem Text über die Zeit mit Sabine Ferenschild als Geschäftsführerin und Referenin berichten. Ebenfalls von ihm finden sich ausführliche Anmerkungen zur aktuellen Eurokrise und dem „schwarz-gelben" (Publik Forum) Sozialwort der Deutschen Bischöfe in dieser Ausgabe. Meldungen zum Mitwirken des Netzes in der Rüstungsexportkampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" und ein Bericht zur Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaika runden dieses Netz-Telegramm ab. Viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

Verabschiedung von Sabine Ferenschild	1-2
Angepasste Kath. Soziallehre	2-3
Rüstungsexportkampagne	4
Eurokrise	5
Friedenskonvokation/Meldungen	6-7
Terminkalender	7-8

Ein herzliches Dankeschön zum Abschied

Sabine und das Netz

Nach 15 Jahren als Geschäftsführerin und entwicklungspolitische Referentin beim Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar hat Sabine Ferenschild im Mai eine neue Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim SÜDWIND-Institut angetreten. Wie wichtig Sabines Arbeit für das Netz war, unterstreicht der Artikel von Herbert Böttcher.

Die Gemeinsamkeit in den Anfängen

Fünfzehn Jahre haben wir, das Netz und Sabine, es miteinander ‚ausgehalten'. Wir hätten es auch noch einige Jahre länger getan – und zwar ausgesprochen gut und ‚spannend'.

Das mag manch einem zu ‚sachlich' klingen. Aber eine gemeinsame ‚Sache' hat uns verbunden. Wir kamen zusammen in einer Phase, in der die Zweidrittelwelt im Blickpunkt unserer Arbeit stand. Dass die Gründung des Netzes 1992 mit der Erinnerung an die 500jährige Geschichte der Eroberung Amerikas zusammenfiel, ist sicher kein Zufall. Die Geschichte der Eroberung Amerikas als Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung der Armen fand 1992 ihre aktuelle Fortsetzung in der Unterwerfung des Globus unter das Diktat des ‚Totalen Marktes', wie wir es damals genannt haben. Opfer waren vor allem die ihrer Lebensgrundlagen beraubten und ‚überflüssig' gemachten Armen in der Zweidrittelwelt. Sabine kam aus der sog. ‚Nord-Süd-Arbeit'. In ihrem Fokus wird die Armut in der Zweidrittelwelt im Zusammenhang gesehen mit Strukturen wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung, die ihren Ursprung vor allem in den westlichen Ländern haben. Inzwischen sind wir ‚weiter'. Armut, Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit sind globalisiert. Sie begegnen uns auch in den sog. reichen Ländern...

Fotos in diesem Artikel: privat

Eine persönliche ‚Sache'

Die ‚Sache', die uns in diesen Zusammenhängen verbindet, ist eine sehr ‚persönliche': Dass Menschen unter Unrecht und Gewalt zu leiden haben, dass sie ‚überflüssig' gemacht, ausgegrenzt, abgeschoben, in Lager gesperrt, als Nicht-Menschen behandelt werden, geht unter die Haut oder schlägt in die Eingeweide, wie es im griechischen Text des Gleich-

Neue Kontaktdaten

endlich vollständig:

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.
Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz
Tel.: 0261 – 29681691

E-Mail: info@oekumenisches-netz.de
Web: www.oekumenisches-netz.de

nisses vom sog. ‚bramherzigen Samariter' (Lk 10, 25-37) heißt. Die ‚Objektivität' des Leids von Menschen ist nie unpersönlich. Genauso wenig ‚unpersönlich' ist es, das Leid von Menschen wahrzunehmen, sich von ihm berühren und herausfordern zu lassen. Das Leid von Menschen gibt ‚zu denken'. So haben wir immer wieder neu versucht, unseren analytischen Blick zu schärfen und nicht zuletzt damit unseren Widerspruch und Widerstand stark zu machen.

Eine ‚starke Rolle'

In dieser gemeinsamen ‚Sache' hat Sabine eine ‚starke Rolle' eingenommen. Sie hat immer wieder auf wichtige Facetten hingewiesen, die drohten übersehen zu werden. Je mehr wir die ‚Überflüssigen' auch in unserer Gesellschaft wahrnahmen, je deutlicher wir begriffen, dass der Krisenkapitalismus auch Menschen in den sog. reichen Ländern zerstört, desto mehr geriet der Blick auf die Zweidrittelwelt in den Hintergrund. Ich bin froh, dass Sabine – die Anfänge des Netzes wahrend – gerade in Diskussionen über die Krise des Kapitalismus deutlich gemacht hat, dass Krise und Katastrophe in der Zweidrittelwelt noch einmal wesentlich schärfere und zerstörerische Formen annehmen als in unseren Breitengraden.

Theoretische Reflexion gehört wesentlich zum Profil des Netzes. Dafür dass sie auch empirisch ‚fundiert' ist, hat sich Sabine ‚stark' gemacht.

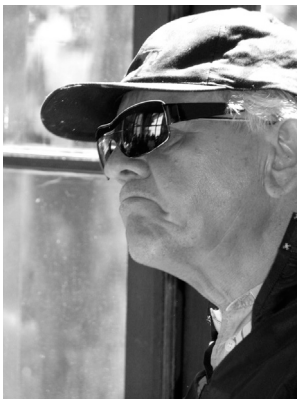
Kritik eines oft kampagnenorientierten Pragmatismus, der in erster Linie ‚machen' und ‚etwas erreichen' will, ist durchaus angesagt. In der Illusion ‚bei Hofe' Gehör zu finden, steht er in der Gefahr, sich der Logik vermeintlicher Politikfähigkeit zu unterwerfen und sich über das, was eigentlich zu sagen wäre, hinweg schweigt. Mit solcher Kritik ist aber die Frage nicht vom Tisch, wie wir denn in einer zunehmend reflexionsfeindlichen Öffentlichkeit so aktions- und handlungsfähig werden können, dass es gelingt, deutlich zu machen: Im Kapitalismus gibt es keine Alternativen und deshalb muss das ‚Ganze' verändert werden. Vielleicht würden wir inzwischen auch genauer sagen: Alternativen, die nicht im Blick haben, dass die Form kapitalistischer Warenproduktion zu überwinden ist, sind keine Alternativen, sondern eher Varianten der Krisenverwaltung. Aber in welche Richtung müssen wir uns bewegen, wenn es um Alternativen zur Warenproduktion geht? war oft Sabines insistierende Problemanzeige.

Vater Staat, Mutter Kirche und die Sicherheit zu Gast bei Sabines Verabschiedung

Eine ‚spannende' Zusammenarbeit

Die angedeuteten Spannungen können vielleicht etwas deutlich machen, wie ‚spannend' und inspirierend es war, mit Sabine zusammen zu arbeiten. Die Arbeit konnte sich vor allem in Vorstand und AK Theologie und Politik um so mehr auf inhaltlich-konzeptionelle Fragen konzentrieren, als wir sicher sein konnten, dass mit Sabine das Netz ‚nach innen' gegenüber Gruppen und Mitgliedern und ‚nach außen' gegenüber Initiativen und kirchlichen Gremien profiliert und kompetent vertreten war. Die organisatorischen Seiten des Netzes waren bei Sabine in so guten Händen, dass sie oft am Vorstand ‚vorbei liefen' – das jedoch gelegentlich zu Sabines Lasten.

Profil und Kompetenz, die Sabines Arbeit prägten, waren nicht nur in der Sache, sondern wesentlich auch in Sabines Person begründet, in ihrer Art, sachbezogen und menschlich zugewandt zugleich zu sein, entschieden zu agieren und gleichzeitig anderen und anderem Raum zu geben. Genau dies haben zahlreiche Beiträge bei der Abschiedsnetzversammlung unterstrichen. Dabei wären wir wieder bei der Verbindung von Person und Sache in der Arbeit des Netzes. Sie wurde auch in den vielen Gesprächen deutlich, die sich nicht um ‚das Netz' drehten, sondern darum, was uns über die Netzarbeit hinaus in den persönlichen Umfeldern unter den Nägeln brennt.



Abschied und Verbundenheit

Vielleicht haben Abschiede das so an sich: Die im Alltag oft so selbstverständliche Verbundenheit wird bewusst. Vielleicht etwas spät, aber nicht zu spät, um sich zu erinnern und ‚bewusst' Danke zu sagen für die gute Zeit, für gute Arbeit und gute Begegnungen – und alles Gute zu wünschen für Sabines weiteren beruflichen und persönlichen Weg und nicht zuletzt für weitere gemeinsame Wege.

Chancengerechte Gesellschaft

Eine der Krise des Kapitalismus angepasste Katholische Soziallehre

Herbert Böttcher

Eine Wende, die manch einen überrascht hat, war im Sommer von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe zu registrieren: von Erhards „Wohlstand für alle“ hin zu „Chancen für alle“. Mit dieser Wende beansprucht die Kommission nicht weniger als ein „Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ mit Freiheit als einem „zentralen sozialethischen Maßstab“ vorgelegt zu haben.

Arbeitsmarkt als Schicksal und Chance

Angesichts wachsender Armut und der Zahl der Menschen, die aus der Mittelschicht nach unten durchgereicht werden, hat ‚Wohlstand für alle’ seine Glaubwürdigkeit verloren. Ein Leitbild, dem nicht mehr ‚geglaubt’ wird, verliert seine Tauglichkeit für die Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse. So propagiert der neoliberale Diskurs schon seit den 1990er Jahren das Leitbild der Eigenverantwortung. Es setzt einen Menschen voraus, der zur Ich-AG geworden ist. Dahinter steht eine Dynamik, die Ulrich Beck bereits Ende der 1980er Jahre so beschrieben hatte: Menschen sind „verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen. [Sie sind] dazu gezwungen, sich selbst – um des eigenen Überlebens willen – zum Zentrum ihrer eigenen Lebensplanungen und Lebensführung zu machen.“[1]

Der Arbeitsmarkt wird zum Schicksal der Menschen, zum Zwang zur Eigenverantwortung. Hintergrund dafür ist die sich verfestigende strukturelle Arbeitslosigkeit. Sie wird ‚bekämpft’ und zugleich unsichtbar gemacht: durch die bekannten Deregulierungen und Flexibilisierungen, durch sich ausbreitende prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit Löhnen, von denen Menschen nicht leben können. Beck sieht immerhin noch die Ambivalenz der sich in den 1980 er Jahren anbahnenden Prozesse. Sie sind Schicksal und Risiko, Zwang und Chance zugleich.

Inzwischen ist ein viertel Jahrhundert vergangen. Die Probleme haben sich verschärft. Immer gnadenloser sind Menschen gezwungen, sich den Bedingungen des Arbeitsmarktes zu unterwerfen – mit den entsprechenden psychischen und sozialen Folgen nicht zuletzt für Kinder und Familien bzw. Alleinerziehende. Immer gnadenloser werden die auf dem Arbeitsmarkt nicht Verwertbaren, also ‚Überflüssigen’, in Armut abgedrängt, unter den Generalverdacht der Faulheit gestellt und als zu senkende Kostenfaktoren behandelt.

Ein Angebot an die neoliberale Krisenverwaltung

In einer Situation, in der Menschen zu Anhängseln ökonomischer Verwertung werden, lässt die Kommission der Bischöfe jedes ‚ausgewogene’ Bewusstsein für ‚Risiken und Nebenwirkungen’ der ökonomischen Entwicklung vermissen. Was bei Beck immerhin noch Zwang und Chance war, wird trotz verschärfter Problemlagen ganz schlicht zur Freiheit. Und so entsteht aus dem Prinzipienhimmel der Soziallehre das „Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“.

Ganz so himmlisch-idealistisch ist dies Leitbild jedoch nicht. Bei genauerem Zusehen verfolgt es durchschaubare höchst irdische Zwecke. Mit der Orientierung auf „Wohlstand für alle“ ist zugleich das Modell der ‚Sozialen Marktwirtschaft’ und die mit ihr verbundene Verteilungsgerechtigkeit gescheitert. Zerbrochen ist es an der Krise des Kapitalismus, daran, dass seine auf Wert und Mehrwert ausgerichtete Warenproduktion dazu gezwungen ist, mit der Arbeit den Faktor, der Wert und Mehrwert produziert, systematisch zu verdrängen. Damit wird die zur Vermehrung des Kapitals nötige Substanz zerstört. Mit dieser inneren Schranke der Kapitalverwertung ist die gesamte kapitalistische Veranstaltung nicht mehr finanzierbar. Daher dümpelt der Kapitalismus von einer Verschuldung in die nächste, von Blase zu Blase und von ‚Rettung’ zu ‚Rettung’...

Von solchen Zusammenhängen wollen weder PolitikerInnen noch bischöfliche Kommission etwas wissen. So bleibt der Politik nichts anderes als eine perspektivlose Krisenverwaltung mit wachsender Armut und steigendem Anpassungsdruck. Die bischöfliche Kommission registriert lediglich einen „gesellschaftlichen Wandel“, der scheinbar ‚aus dem Nichts’ kommt und ohne jede analytische Anstrengung mit dem Leitbild von Freiheit als Eigenverantwortung verklärt wird. „Hier trifft sich die Katholische Soziallehre mit der liberalen Aufklärung“ (S. 20). Das liberale verschmilzt mit dem christlichen Menschenbild. Auf dieser Grundlage ist es Aufgabe der Gesellschaft, Teilhabe zu ermöglichen. Teilhabe als Forderung wäre nicht falsch, wenn sie auf der Grundlage von Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit gesehen würde. Genau davon aber wird sie abgesetzt und Freiheit in Konkurrenz zu Gleichheit und Gerechtigkeit gestellt.

Das ist ein für die neoliberale Krisenverwaltung passendes ideologisches Angebot. Für das Scheitern von Menschen ist nicht die innere Schranke einer kapitalistischen Gesellschaft verantwortlich, die das Versprechen ‚Wohlstand für alle’ strukturell nicht einlösen kann. Verantwortlich sind die einzelnen, die keinen richtigen Gebrauch von ihrer Freiheit gemacht, sich also nicht eigenverantwortlich und ‚frei’ den Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft im Krisenkapitalismus unterworfen haben. Dass es größere Risiken des Scheiterns gibt, bleibt dem Text jedoch nicht verborgen. Da aber das Scheitern keine strukturellen, sondern lediglich individuelle Ursachen haben darf, bleibt es auch bei einem auf das Scheitern einzelner ausgerichteten Angebot einer „Kultur des Scheiterns“: „Gerade der christliche Glaube weiß um die Vielfalt menschlichen Versagens, aber ebenso um die immer wieder gegebene Möglichkeit des Neubeginns.“ (S. 23)

Angepasst an eine scheiternde Moderne

Ausgerechnet in der Phase der sich verschärfenden weltweiten Zusammenbrüche der Moderne ist die bischöfliche Kommission auf der Höhe der liberalen Moderne angekommen. Zwei Weltkriege und die Vernichtung der Juden offensichtlich nur als „Rückschläge“ registrierend behauptet der Text: „Freiheit ist das Faszinationswort der Moderne. Trotz aller Rückschläge ist die historische Entwicklung insgesamt betrachtet eine freiheitliche Fortschrittsgeschichte.“ Solch naiv-optimistische und die Leichenberge der Moderne ignorierende Geschichtssicht ließ bereits die gesellschaftskritische Theologie

---

1) Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, 116f.

der 1970er Jahre auch ‚linken' Fortschritts-‚Gläubigen' nicht durchgehen.

Seit Fortschritt nicht mehr ‚links' steht, sondern zur fortschreitenden Ökonomisierung wird, seit ‚Reformen' notwendige Anpassungsleistungen des Menschen an den Gang der Ökonomisierung sind und Freiheit nicht Befreiung, sondern Selbstunterwerfung, schwinden Berührungsängste ‚konservativer Bewahrer' gegenüber Fortschritt und Reformen und sogar gegenüber der Freiheit. Nur ‚bewahren' sie nichts mehr.

Zu bewahren und zu verteidigen gälte es aber das Lebensrecht der Opfer der scheiternden Modernisierungsprozesse. Zu pflegen wäre ein Glaube, der nicht einfach ‚Glaubensparty' ist – als solche hatte der Bundespraeses des BDKJ den Weltjugendtag charakterisiert – ‚sondern empfindsam macht für das, was Menschen erleiden. Erfahrbar werden müsste seine widerständige und konfliktbereite Hoffnung, die es wagt, über System-, ja sogar Todesgrenzen hinaus zu denken und – statt nach Orten für entspannende Partys im Sklavenhaus der „Global Player" – nach Wegen der Befreiung zu suchen. Im Hören auf die Schreie der Verlierer und die Opfer der scheiternden Moderne könnte sich auch die Soziallehre aus dem Prinzipienhimmel auf die Erde begeben und lehren, empfindsam zu sehen, kritisch zu reflektieren und befreiend zu handeln.

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar unterstützt Rüstungsexportkampagne

Um Rüstungsexportexporte zu minimieren, haben sich zahlreiche Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung und dem entwicklungspolitischen Bereich in der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" zusammengeschlossen. Auch unser Ökumenisches Netz ist dabei.

Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern und Waffen in den letzten Jahren ist in der Profitgier des militärisch-industriellen Komplexes, dem tausendfachen Tod, Millionen Verstümmelungen und den durch die Bindung von Haushaltsgeldern verursachten Entwicklungshemmnissen in Ländern des globalen Südens begründet (Exportzahlen u.v.m. finden Sie unter www.aufschrei-waffenhandel.de).

Stoppt den Waffenhandel!

Kampagnenziele

Die Ziele der von 2011 bis zu den Bundestagswahlen 2013 dauernden Kampagne sind

- der Aufbau von zivilgesellschaftlichem Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes und das Aufzeigen von Alternativen zur Rüstungsproduktion;

- eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchzusetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen; und

- die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).

Dabei soll zunächst den Opfern eine Stimme gegeben werden, in dem VertreterInnen der Kampagne oder, falls möglich, jene selbst über ihr Leid berichten. Ab 2012 sollen die „Täter", nämlich Rüstungsunternehmen und Regierung, mittels verschiedener Aktionen stärker in den Fokus rücken. Und schließlich soll spätestens 2013 der Bundestagswahlkampf genutzt werden, um die Forderung nach eine Grundgesetzänderung in die Wahlprogramme der Parteien zu bringen. Hierfür können z.B. auch Abgeordnetengespräche durchgeführt werden.

Das Ökumenische Netz beteiligt sich zunächst auf der Ebene der Analyse an der Kampagne, da die angedeuteten Ziele und Maßnahmen zwar die berechtigte Empörung über Rüstungsexporte deutlich machen, nicht aber die grundlegende Frage nach dem Warum von Rüstungsproduktion und -export stellen. Daher wird im nächsten Netz-Telegramm hierzu ein Artikel aus kapitalismuskritischer Sicht erscheinen.

Netzversammlung zum Thema Rüstungsexporte

Die nächste Netzversammlung am 5. November wird sich bereits mit dem Thema beschäftigen. Ebenfalls soll Anfang 2012 ein Gast aus Angola zum Sozialforum nach Koblenz eingeladen werden, der über die Auswirkungen von deutschen Rüstungsexporten in seinem Heimatland berichtet. In Trier und Mainz wird es voraussichtlich im zweiten Quartal Aktionswochen mit inhaltlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen und Aktionen zum Thema geben.

Wenn Gruppen und insbesondere die Sozialforen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland Interesse an Vorträgen/MultiplikatorInnenschulungen und/oder der Kreation von Aktionsideen zum Thema haben, freue ich mich, im Netzbüro von Ihnen und Euch zu hören!

Dominic Kloos

Weitere Informationen und Hinweise

Auf der Webseite der Aktion „Stoppt den Waffenhandel" (www.aufschrei-waffenhandel.de) finden sich

- Hintergrundinformationen
- Veranstaltungshinweise
- Podcasts
- Hinweise für Gruppen, was sie tun können und wie sie ihre Vorhaben finanzieren können
- Unterschriftenliste und
- Kampagnenmaterialien

Zusätzliche Hintergrundtexte und Hinweise auf Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland wird es unter www.oekumenisches-netz.de geben

‚Neues' aus der Krisenverwaltung

Herbert Böttcher

„Wir laufen Gefahr, dass die schwache Erholung zum Erliegen kommt." Mit dieser Einschätzung warnte die neue Chefin des IWF, Christine Lagarde, bei ihrem Amtsantritt die Industrieländer davor, zu sehr auf Sparen zu setzen. Noch in ihrem Frühjahrsgutachten hatten die sog. Wirtschaftsweisen orakelhaft verkündet: „Erholung setzt sich fort. Risiken bleiben groß." Die Erholung setzte sich fort in – aufgrund staatlicher Rettungsmaßnahmen – wieder funktionsfähigen Banken und guten konjunkturellen Daten. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hatte schon einen XXL Aufschwung bejubelt.

Sparen und wirtschaftliche Depression

Immerhin hatten sich die sog. Wirtschaftsweisen noch ein Bewusstsein der Risiken bewahrt. Das Risiko für Deutschland ist die Abhängigkeit von einem Export, der mit dramatisch wachsenden prekären Beschäftigungsverhältnissen erkauft ist und finanziert wird mit den Schulden derer, die Exporte aufnehmen. Die Verschuldung der einen ist die Kehrseite der Exporterfolge der anderen. Dieser Mechanismus stößt auf Grenzen, die jetzt auch in der Eurozone sichtbar werden. Die Verschuldung treibt Staaten wie Griechenland, Italien, Spanien, Irland ... in den Staatsbankrott. Für den Euro bedrohliche Währungsturbulenzen sind die Folge. Um das ‚System' zu retten, werden Rettungsschirme aufgespannt und die verschuldeten Ländern unter Sparzwang gestellt. Genau dies aber befördert die wirtschaftliche Depression, wie gegenwärtig das Beispiel Griechenland zeigt. Griechenland hat zwar alle Sparvorgaben erfüllt. Dennoch wird sich voraussichtlich das griechische Haushaltsdefizit erhöhen, weil aufgrund der wirtschaftlichen Depression die Steuereinnahmen einbrechen.

Was tun?

Gegenwärtig verschärft sich der Streit zwischen Bewegungen in den südlichen Staaten Europas, die sich gegen die Sparprogramme und die mit ihnen verbundene wirtschaftliche Depression wehren, und denen, die sie weiter verschärfen wollen. In Deutschlands Innenpolitik tobt der Streit zwischen ‚Rettern' mit ihren verschärften Sparauflagen auf der einen und solchen, die für einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone plädieren, auf der anderen Seite. Letztere Logik liefe auf eine vermeintlich kostengünstige Entsorgung solcher Länder hinaus, die Deutschlands Exporte nicht mehr durch ständig wachsende Verschuldung subventionieren können. Die Frage aus deutscher Sicht wäre nur: Wer wird dann Deutschlands Exporte aufnehmen? Immerhin beläuft sich seit der Einführung des Euro der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber der Euro-Zone auf stolze 745,3 Milliarden Euro.

An dem politischen Streit wird deutlich, dass die sich auftürmenden Probleme im Rahmen kapitalistischer Logik nicht mehr zu bewältigen sind. Die in der sog. Realpolitik diskutierten Alternativen – Schuldenabbau durch Sparen oder Finanzierung der Konjunktur durch Schulden – spiegeln die Ausweglosigkeit der Situation. Konjunkturspritzen erhöhen die Verschuldung. Beim Sparen drohen konjunkturelle Einbrüche.

Abhängigkeit von Verschuldung

Kernproblem ist die Abhängigkeit der kapitalistischen Produktion von Defizitkreisläufen, die sich nicht zuletzt von den Blasen aus der Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten speiste. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008 wurde die „schwache Erholung" vor allem von staatlichen Konjunkturprogrammen getragen. Damit war jedoch das Problem der Abhängigkeit der Realwirtschaft von Defiziten – also von Verschuldung – lediglich von den Blasen, die sich auf den Finanzmärkten bilden, auf den Staatskredit verlagert. Staatsprogramme müssen eine krisengeschüttelte reale Wertschöpfung ersetzen. Die Politik ist also wieder bei einem Problem angekommen, an dem der Neoliberalismus als Therapie in den 1970er Jahren angesetzt hatte: der Staatsverschuldung. Jedoch ist jetzt eine Verschuldung zu ‚bewältigen', die auf einem unvergleichbar höheren Niveau liegt. Die Finanzierung durch Schulden stößt auf die Grenze der finanziellen Möglichkeiten der Staaten. Rettungsmaßnahmen wie beim Finanzcrash vor drei Jahren wären schlicht nicht mehr finanzierbar.

Geld ‚aus dem Nichts' als Rettung?

Ein Ausweg aus dem Dilemma scheint die Erhöhung der Geldmenge durch die Notenbanken – gleichsam eine ‚Schöpfung aus dem Nichts'. Genau dies wiederum befördert die Bildung von Liquiditätsblasen auf den Finanzmärkten. Die nächsten Zusammenbrüche sind vorprogrammiert. Eine andere Folge ist die Entwertung des Geldes, das aufgrund seiner künstlicher Vermehrung nicht mehr den realen Wertverhältnissen entspricht. Damit droht ein Währungsschnitt, der wiederum spekula-

Demonstration gegen das „Krisenmanagement" der Regierung vor dem griechischen Parlament in Athen.
Foto: Ggia, Lizenz: CC-BY-SA 3.0

tive Bewegungen gegen schwächelnde Währungen auslöst. Im Kauf und Verkauf von Wertpapieren und Devisen, in Spekulationen über Gewinn und Verlusterwartungen spielen die Finanzmärkte verrückt.

Die Brisanz der gegenwärtigen Situation dürfte darin bestehen, dass die sich abzeichnenden konjunkturellen Schwächen einhergehen mit einer Eskalation der Staatsverschuldung. Dabei gelang es der Politik zwar, ganze Schuldenberge dadurch unsichtbar zu machen, dass sie die Notenbanken anwies, ‚faule Finanzprodukte' und eigene Staatsanleihen zu kaufen und so in deren Bilanzen ‚verschwinden' zu lassen. Die verschwundenen Schuldenpapiere verrotten aber nicht einfach, sondern können jederzeit explodieren. Mit Hilfe der Eurobonds als gemeinsamer europäischer Anleihe kann es vielleicht gelingen, die Verschuldungsdynamik und die mit ihr verbundenen Defizitkreisläufe zeitlich noch einmal zu strecken. Aber weder die Geldschwemme der Notenbanken noch die Staatsverschuldung lässt sich beliebig verlängern.

Eine innere Schranke kapitalistischer Produktion

Letztlich markiert die innere logische Schranke der Verwertung des Kapitals eine Grenze, die nicht übersprungen werden kann. Die von der Konkurrenz zwischen Unternehmen erzwungene Produktivität geht einher mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und Investitionen in automatisierte Produktion. Mit der Einführung immer neuer Technologien steigen die Kosten für Investitionen und damit die Produktion, während gleichzeitig Arbeit überflüssig gemacht wird. Mit der Arbeit wird die für die Vermehrung des Kapitals nötige Substanz entsorgt. Der damit verbundene Verlust an Wertsubstanz ist weder durch Verschuldung noch durch Scheinakkumulation auf den Finanzmärkten, noch durch Geldschöpfung ‚aus dem Nichts' dauerhaft zu kompensieren. Der Kapitalismus kann sich selbst nicht mehr finanzieren. Statt immer neue illusionäre Varianten der Krisenverwaltung aufzulegen, käme es darauf an, die innere Grenze der kapitalistischen Veranstaltung zu registrieren, und nach Alternativen zur Warenproduktion zu suchen.

Leistungen und Mutlosigkeit in der Abschlussbotschaft der Friedenskonvokation von Kingston

Internationale ökumenische Friedenskonvokation
Kingston | Jamaika | 2011

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates beschloss 2006 zum Abschluss der „Dekade Gewalt überwinden" eine Internationale ÖkumenischeFriedenskonvokation durchzuführen. Als Abschluss der Versammlung, an der fast 1000 TeilnehmerInnen aus über 100 Ländern teilnahmen, wurde eine längere „ökumenische Erklärung für einen gerechten Frieden" bestätigt und eine Botschaft (final message) veröffentlicht, die den Frieden in der Gemeinschaft, mit der Erde, in der Wirtschaft und zwischen den Völkern beschreiben soll. Von den 70er Jahren an trugen solche Grundsatztexte aus dem Weltrat der Kirchen häufig revolutionären Charakter. Diese Zeiten scheinen vorbei. Einzelne Abschnitte der Botschaft werden in diesem Artikel von einem Teilnehmer an dem Treffen kommentiert.

Die Beteiligung des Volkes Gottes an der „final message" war im Vergleich zu den schriftlichen Rückmeldungen zu den Entwürfen der "ökumenischen Erklärung zu einem gerechten Frieden" deutlich repräsentativer. Es lohnt sich, diese im Einzelnen durchzugehen und auf dasjenige abzuklopfen, was geistlich und/oder weltlich am ehesten Impulse nach vorne auslösen könnte.

Im Abschnitt über "Friede zwischen den Völkern" zeigt sich eine recht vehement ausfallende Unterstützung des neuen Paradigmas vom gerechten Frieden, die erstaunlich positiv auf das Zeugnis der historischen Friedenskirchen rekurriert. Es wird deutlich: Die Generalidee von "Sicherheit für alle" soll die seit den 1980er Jahren fast überall dominierenden Konzepte "nationaler Sicherheit" schrittweise ablösen. Die in den Expertenkonsultationen im Vorfeld vielfach thematisierte "responsibility to protect" bleibt wegen des Widerstandes eben jener historischen Friedenskirchen und ihrer Friedenstheologien weiter umstritten.

Insgesamt anregend und auch für das reale Miteinander wichtig erscheint die Rede von der gemeinsamen (spirituellen) Pilgerreise. Die daraus schöpfende und potenziell zur Mitte des ökumenischen Zeugnisses gehörende Verpflichtung besteht im Blick auf „gerechten Frieden" nicht zuletzt darin, die viel beschworene "Kultur des Friedens" strukturell politisch möglich zu machen und „glokal" dann auch nachhaltig mit aufzubauen.

Die Botschaft, dass ausgehend von Sklaverei, Kolonialismus und "anschwellendem Hass gegen den Westen" (Jean Ziegler) der Welt von heute eine radikal andere Vision von einer anderen Welt präsentiert werden muss, ist auf dieser Versammlung allerdings ausgeblieben. Allzu viele Chancen dieser Art dürfen wir als ökumenische Weggemeinschaft nicht mehr verpassen. Die nächsten zehn Jahre werden für die Bewältigung der Klimakrise wohl entscheidend sein. Die Zeit darüber Klartext zu sprechen und ehrgeizig im eigenen Christuszeugnis zu werden ist reif.

Im achten Abschnitt erfolgt eine Anspielung auf die Initiative aus dem ökumenischen Netz in Deutschland, dass Krieg (als Mittel der Fortsetzung von Politik) geächtet werden muss. Allerdings ist der Vorstoß nun seines bindenden friedenserzieherischen Umverteilungsprogramms entledigt und seiner völkerrechtliche Verbindlichkeit anstrebenden Komponenten beraubt. So wird eine ziemlich unverbunden und isoliert im luftleeren Raum stehende gemeinsame Langzeitbestrebung daraus, die eher einer Beschwörungsformel denn einem auch politisch umsetzbaren Programm nahekommt.

Der abschließende Kurzdurchgang durch die vier Hauptthemenbereiche der Konvokation bietet für den Kundigen möglicherweise einige Fortschritte im Detail, jedoch angesichts der zugespitzten Weltlage meines Erachtens viel zu wenig Aufrüttelndes und wirklich Weiterführendes.

Immerhin: Dass die gesamte Schöpfung gewalttätig behandelt wird und Friede mit der Erde zu einer Illusion zu werden droht, ist der scharfe Tenor des 10. Paragraphen. So werden Agrotreibstoffe abgelehnt und eine Berücksichtigung der ökologischen Schuld der Industrieländer eingefordert. Hier wird auch die "radikale Umstrukturierung unserer wirtschaftlichen Tätigkeiten" gefordert. Im Gegensatz dazu gehört der Abschnitt "Friede in der Wirtschaft" zu den tiefgreifendsten Enttäuschungen, gemessen an dem, was die ökumenische Bewegung zu diesem Themenkreis schon hervorgebracht hat: Außer der wohlfeilen Skandalisierung von

Militärbudgets und Waffenhandel gab es weder kapitalismuskritische Analyseansätze noch utopischen Überschuss (solidarische Ökonomie) oder strukturell Veränderungswilliges.

Ein spirituell starker Gedanke ist im vorletzten Abschnitt enthalten, wonach wir als ökumenisch gesinnte Kirchen in der Nachfolge des Menschensohnes stehen, der als hilfloses Kind und noch immer machtloser Märtyrer in diese Welt einging und an für sein eigenes Lebensschicksal entscheidender Stelle, an der er Selbstrettung hätte betreiben können, darauf drang, die Schwerter beiseite zu legen, weil diese in eine Kultur des Todes mündeten. Bleiben wir in dieser Nachfolge, könnten wir selbst die Mächtigen Gewaltfreiheit lehren; ein zweifellos spirituell heiler Gedanke. Machen wir uns auf diesen Weg der Nachfolge! Peter Schönhöffer

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Vorankündigung

Am Samstag, den 5. November, 10-16 h, werden wir uns bei der Netz-Versammlung mit dem Thema Rüstungsexporte auseinandersetzen.

Dominic Kloos wird in die Thematik einführen.

Ort:
Superintendentur Koblenz, Mainzer Str. 81

Infos/Anmeldung:
Netzbüro (s. Impressum)

PoliNet Koblenz

Ob globalisierungskritischer Stadtrundgang, Sozialforum oder die offenen Treffen von Umweltgruppen: Die Webseite www.polinet-koblenz.de zeigt eine Veranstaltungsübersicht der sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Initiativen in der Stadt. Die Internetplattform und viermaligen Treffen im Jahr sollen die verschiedenen progressiven Bewegungen stärker vernetzen und den Informationsfluss untereinander verbessern.

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTAL

Oktober

14.10., 19 Uhr, „Pathpoint Cologne" (ehem. Kreuzkirche Köln), Machabäerstr. 26

20-jähriges Jubiläum des Ökumenischen Netzes Mittelrhein

Infos: OekumNetzMittelrhein@t-online.de

14.-24.10., Hildesheim/Trier

Dienstgespräche mit der Jugend- und Berufungspastoral Boliviens (PJV) und dem BDKJ Hildesheim

Infos: Bolivienreferat des BDKJ
Tel.: 0651/9771-110

18.10., 19.30 Uhr, Ev. Gemeindehaus Remagen, Marktstraße 32

Remagener Eine-Welt-Gespräche: Machenschaften der Pharmakonzerne gegen die Gesundheit

Referentin: Frau Christiane Fischer (BUKO-Parma-Kampagne, Bielefeld)

Veranstalter: Arbeitskreis für entwicklungspolitische Bildung, Remagen.

18.10., 19.30 Uhr, Christuskirche Koblenz

Ausverkauf der Dritten Welt – Dokumentarfilm zum Thema Landgrabbing

Sozialforum Koblenz
Infos: Netzbüro (s. Impressum)

21.10., 15 Uhr, Berlin (Gemeindehaus der Bartholomäusgemeinde)

Jahresversammlung des Ökumenischen Netzes in Deutschland

Infos: Netzbüro (s. Impressum)

22./23.10., Berlin (Gemeindehaus der Bartholomäusgemeinde)

Kapitalismus und dann? Perspektiven eines Systemswechsels.

Tagung des Ökumenischen Netzes in Deutschland / der Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S.8)

22.10., Region Saarbrücken

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ Trier

Infos: Bolivienreferat des BDKJ
Tel.: 0651/9771-110

27.10., 20.00 Uhr, Trier

„Wir weigern uns, Feinde zu sein“

Vortrag und Diskussion mit Iris Bildhauer, die Menschenrechtsbeobachterin im Westjordanland war

Infos: www.agf-trier.de

28.-30.10., Robert Schuman-Haus in Trier, Auf der Jüngt 1, 54293 Trier

1. Modul der vierteiligen Seminarreihe „Kapitalismus verstehen und überwinden“: Arbeit/Kapital/Wert

Infos: KAB Trier, Tel.: 0651/97085-14

November

5. 11., 9.30-16.30h, Superintendentur Koblenz, Mainzer Str. 81

Netz- und Mitgliederversammlung: Rüstungsexporte und Kapitalismuskritik

Referent: Dominic Kloos
Infos/Anmeldung: Netzbüro
(s. Impressum, S.8)

8.11., 8.30-16.30 Uhr, Gemeindezentrum St. Franziskus, Fröbelstraße 9, 56073 Koblenz-Goldgrube

Da bist Du arm dran !

Gesellschaftlicher Umbruch als Herausforderung für soziale Arbeit

Infos: Netzwerk Soziale Arbeit Neuendorf
Tel. 02 61 / 8 31 10
E-mail: gwa_imkreutzchen@caritas-koblenz.de

11.11., 19.30 Uhr, Stadthallenrestaurant Altenkirchen

Bittere Schokolade – Unser Griff ins Supermarktregal und seine weltweiten Folgen

Film und Berichte zu den Hintergründen der Lebensmittelproduktion am Beispiel der Schokolade.

Veranstalter: Eine-Welt-Gruppe Altenkirchen und NABU

Infos: Ev. Kirchenkreis Altenkirchen, Jugendreferat

Tel: 02681 / 8008-84 (-31)

18./19.11.

ELAN Jahrestagung und Mitgliederversammlung 2011

Erbacher Hof, Mainz

Infos: www.elan-rlp.de

Impressum:

Netz-Telegramm Oktober 2011

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Dominic Kloos, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.
Löhrstr. 51 · 56068 Koblenz
Tel.: 0261 – 29681691
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 Oktober 2011

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Dezember

3.12., Bonn

Zentrale Demonstration der deutschen Friedensbewegung gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan.

4.12., Bonn

Internationale Antikriegskonferenz, in der es auch um Alternativen zu Krieg und Gewalt in Afghanistan geht.

Infos: www.afghanistanprotest.de

2012

27.-29.1., Trier

2. Modul der vierteiligen Seminarreihe „Kapitalismus verstehen und überwinden“:

Markt und Staat/Politik

Infos: KAB Trier

Tel.: 0651/97085-14

3./4.2., Bonn, Ev. Studierendengemeinde

Kriege für „unseren“ Wohlstand

Tagung des Arbeitskreises Processus Confessionis

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 8)

6.3. (angefragt), 19.30 Uhr, Christuskirche Koblenz

Stoppt die Waffenhändler! – Rüstungsgüter "Made in Germany" ins südliche Afrika Sozialforum Koblenz mit Emanuel Matondo aus Angola

Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 8)

2.-5.5., Pilgerweg nach Trier

Der Heilige Rock – Zeichen der Solidarität im Widerstand gegen die Weltordnung

Veranstalter: Dekanat Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, pax christi Trier
Infos: Netzbüro (s. Impressum, S. 8)